



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Personalpolitik der Landesregierung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Ausschuss für Finanzen und den jeweiligen Fachausschüssen das Neueinstellungskonzept der Landesregierung bis zum Jahr 2016 detailliert für die einzelnen Ministerien darzulegen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Ausschuss für Finanzen darzulegen, wie die vereinbarten zusätzlichen 45 Stellen zur persönlichen Verfügung der Minister/Ministerinnen aus dem Zusatzprotokoll zur Koalitionsvereinbarung entsprechend der Landeshaushaltsordnung umgesetzt werden sollen und inwieweit die bereits 2006 bewilligten Stellen zur persönlichen Verfügung der Ressortleiter im Laufe der letzten Legislaturperiode innerhalb der Ministerien eingespart wurden.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, darzulegen, wie sich die vorgesehenen zusätzlichen 45 Neueinstellungen auf die Kontingente der einzelnen Ministerien innerhalb des Neueinstellungskorridors auswirken.

Begründung

Die im Koalitionsvertrag festgelegte Obergrenze von 400 Neueinstellungen pro Jahr bei einem zu erwartenden Ausscheiden von jährlich 2.000 Landesbediensteten hat radikale Auswirkungen auf die Personalpolitik der Landesregierung. Dies trifft vor allem für die Perspektive von Ausbildungskapazitäten im Bereich der Polizei und der Referendariate insbesondere bei den Lehrern zu. Sowohl für die Beschäftigten in diesen Bereichen als auch für diejenigen, die sich in den entsprechenden Ausbildungen befinden, ist es wichtig, schnellstens Klarheit über die Positionen der Landesregierung zu vermitteln.

(Ausgegeben am 01.06.2011)

Die Schaffung von neuen Stellen sowie die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Neueinstellungen liegen in der Kompetenz des Landtages und setzen den Beschluss eines entsprechenden Haushaltes voraus. Für kurzfristige Maßnahmen ist zwingend ein Beschluss des Ausschusses für Finanzen notwendig. Da es trotz der entsprechenden Zusatzvereinbarung innerhalb des Koalitionsvertrages dazu keinerlei Informationen oder Beschlussvorschläge im Ausschuss für Finanzen gegeben hat, fehlt bisher jede Voraussetzung für eine Umsetzung dieser Vereinbarung.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender